

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Europäische Dienstleistungsrichtlinie:****Einheitliche Ansprechpartner in kommunaler Verantwortung errichten**

Die Ende 2006 in Kraft getretene europäische Dienstleistungsrichtlinie (DLR) soll die wirtschaftliche Integration Europas im Dienstleistungssektor voranbringen. Sie muss von den Mitgliedstaaten bis zum 27. Dezember 2009 umgesetzt werden. Ziel der DLR ist es, den Binnenmarkt durch Abbau bestehender Diskriminierungen ausländischer Dienstleistungserbringer zu entfalten. Die Richtlinie regelt neben den Marktzugangsbedingungen auch die Informations- und Zusammenarbeitspflichten der Mitgliedstaaten.

Der Bremer Senat hat inzwischen konkrete Schritte zur Umsetzung der Richtlinie im Land Bremen eingeleitet und eine Arbeitsgruppe der betroffenen Ressorts mit der Realisierung der DLR beauftragt. Eine wesentliche Aufgabe ist die Einrichtung eines „Einheitlichen Ansprechpartners (EA)“, der als Anlauf- und Informationsstelle für alle europäischen Dienstleistungserbringer fungieren soll.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei der Errichtung der „Einheitlichen Ansprechpartner“ dafür Sorge zu tragen, dass

1. sie in kommunaler Trägerschaft eingerichtet werden,
2. die Beratung über die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen in Deutschland zu den Regelaufgaben dieser Stellen gehört,
3. nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitnehmer/-innen ungehinderten Zugang zu ihren Leistungen haben,
4. Informationen und Leistungen der EA mehrsprachig angeboten werden, um ausländischen Unternehmen, Arbeitnehmer/-innen und Existenzgründern/-innen entgegenzukommen und der Rolle Bremens als internationalem Wirtschaftsstandort gerecht zu werden und
5. sie auch die Beratung und Hilfe für Bremer Dienstleistungsanbieter, die in anderen EU-Mitgliedstaaten tätig werden wollen, wahrnehmen.

Ulrike Hiller, Helga Ziegert, Max Liess,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen